

Öffentliche Fraktionssitzung mit der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS)

## Quo vadis BSR? – Umwelt und Wirtschaft als Innovation

von Peter Müller, stellv. Vorsitzender der AGS der SPD Lichtenberg  
und Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Quo vadis BSR? – Frei übersetzt: Wie geht es weiter mit der BSR? – Das war der Titel unserer **öffentlichen Fraktionssitzung** mit der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen am 18.10.04 im Hotel Kolumbus in Hohenschönhausen. Eingeladen hatten wir dazu **Frau Vera Gäde-Butzlaff, Vorstand der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) und zuständig für Abfallwirtschaft und Reinigung**. Frau Gäde-Butzlaff machte zu Beginn einige allgemeine Ausführungen zur derzeitigen **Unternehmensstruktur der BSR**: Nach der Wende beschäftigte diese um die 10.000 Mitarbeiter, heute sind es nur noch ca. 6000. Die BSR wurde jedoch nicht privatisiert, sondern lediglich von einem Eigenbetrieb des Landes Berlin in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt. In dem mit dem Senat im Jahr 2000 geschlossenen Unternehmensvertrag wird der BSR die (Stadt-)Reinigung bis 2015 zugesichert und ein Zuschuss von ca. 400 Mio. € gewährt. Verpflichtung der BSR ist, bis zum Jahr 2015 wettbewerbsfähig zu sein.

Bei den **Bürgern** gibt es vielfältige **Vorstellungen über die Sauberkeit** der Stadt. Die BSR müsse immer (und häufig zu Unrecht) als Sündenbock für jegliche Verschmutzungen herhalten, obwohl sie beispielsweise nicht für Grünflächen, Bushaltestellen oder private Hauswände zuständig sei. Wichtig sei es, die Bürger dazu zu bringen, selbst auf ihr (Wohn-) Umfeld zu achten und so Verschmutzungen gar nicht erst

entstehen zu lassen. In diesem Sinne sei im Rahmen der „Clean-up-the-World-Initiative“ der Vereinten Nationen für das nächste Jahr eine neue Werbekampagne der BSR geplant. Der festgelegte Reinigungsturnus für bestimmte Straßen werde in jedem Fall (unabhängig davon, ob eine tatsächliche Verschmutzung vorliegt) eingehalten und durch einen internen Qualitätsprüfdienst überwacht. Die **Werbekampagne „We kehrt for you“** habe zu einem positiveren Image der BSR beigetragen, wenn gleich dieser Gewinn durch den Gebührenskandal teilweise wieder verloren gegangen ist. Dieser habe aber zu mehr Gebührentransparenz beigetragen. Tatsächlich seien in den letzten sechs Jahren dreimal die Gebühren gesenkt worden, die momentan bundesweit im unteren Drittel lägen. Dieses Gebührenniveau lässt sich aber nicht halten. Im Durchschnitt werden ab dem Jahr 2005 die **Gebühren** um 2,20 € pro Haushalt im Monat steigen, weil **neue gesetzliche Bedingungen für die Entsorgung in der Abfallwirtschaft** in Kraft treten: Ab dem 01.07.2005 dürfen keine unbehandelten Abfälle mehr auf Deponien verbracht werden. Ca. 980.000 t jährlich müssen deshalb zunächst in hochwertigen Anlagen vorbehandelt werden. Davon werden 500.000 t in der Anlage der BSR in Ruhleben verwertet. Die andere Hälfte wurde vom Land Berlin ausgeschrieben, wobei der private Anbieter ALBA den Zuschlag bekam. Bei der Neuorientierung der Gebühren soll die Subventionierung der einzelnen

kleinen grauen Mülltonnen (insbesondere bei Einzelhäusern) gegenüber den großen grauen Tonnen wegfallen und dadurch mehr Gebührengerechtigkeit geschaffen werden. Dies hat aber zur Folge, dass für die Kunden mit der kleinen grauen Tonne die Gebühren überdurchschnittlich ansteigen werden. Da sowohl die BSR als auch ALBA genug Kapazitäten zur Müllverwertung in und um Berlin haben, ist laut Aussage von Frau Gäde-Butzlaff eine neue **Müllverwertungsanlage am Blockdammweg** längerfristig eigentlich ausgeschlossen.

Die **Mülltrennung** (Glas-Papier-Restmüll) soll auf jeden Fall beibehalten werden. Fraglich sei aber die Kunststoffsammlung (Duales System, „Grüner Punkt“) in der gelben Tonne, da es durch verbesserte Anlagen mittlerweile möglich ist, Kunststoffe problemlos aus der Restmülltonne herauszufiltern.

Insbesondere sei die gelbe Tonne häufig mit „Fehlwürfen“ überfrachtet, was den Nutzen der Trennung stark einschränke. Die oft und gerne verbreitete These, die Entsorgungsunternehmen würden von den Bürgern mühsam getrennten Müll wieder zusammenschmeißen entbehre jedoch jeglicher Grundlage.

Alles in allem eine **gelungene und überaus informative gemeinsame Veranstaltung von Fraktion und AGS**, die gezeigt hat, dass Abfallwirtschaft und Stadtreinigung durchaus spannende Themen sein können.

Wir werden auf jeden Fall weiterhin solche Diskussionsveranstaltungen anbieten.

Vorankündigung

**Neujahrsempfang 2005**

der SPD Lichtenberg und der SPD-Fraktion Lichtenberg

**am 7. Januar 2005**

Ackerbürgerhäuser

# Schandfleck in der Einbecker Straße – Wie lange noch?!

von Jutta Feige, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

**Im Jahre 2000 wurden die beiden Einkaufsmärkte „Aldi“ und „Kaisers“ in der Einbecker Straße in Friedrichsfelde eröffnet.**

Beide Märkte wurden von den Einwohnern gut angenommen und alle hofften, dass nun die beiden straßenseitig gelegenen Häuser saniert werden, wie die in der näheren Umgebung gelegenen Wohnhäuser, damit das näherer Umfeld auch ein entsprechendes Stadtbild abgibt. Aber nichts dergleichen geschah. Die Häuser verkamen und verkommen immer mehr und wir fragten bereits im August 2002 in einer mündlichen Anfrage in der BVV: „Was wird nun aus diesen Häusern?“ Daraufhin informierte uns das Bezirksamt darüber, dass diese beiden Häuser, als Ackerbürgerhäuser denkmalgeschützt sind und bei der Erteilung der Baugenehmigung vertraglich vereinbart wurde, dass die Häuser saniert werden und der Eigentümer eine Bankbürgschaft im Falle der Nichteinhaltung dieser städtebaulichen Vereinbarung hinterlegt hat. Somit hat der Bezirk die Möglichkeit eine Instandsetzung vornehmen zu lassen. Bis Februar 2003 tat sich jedoch nichts, außer dass die Müllberge zwischen den Häusern und den Einkaufsmärkten immer

größer wurden. Wir stellten deshalb einen Antrag zur Beschlussfassung in der BVV, damit der immer größer werdende Schandfleck endlich verschwindet. Daraufhin wurde der Müll entfernt, aber an den Häusern geschah weiterhin nichts. Im Juli 2003 legte das Bezirksamt den Bezirksverordneten dann einen „Ab-



schlussbericht“ vor, in dem es berichtet, dass für diese Häuser bis dato ein Nutzer fehle und sie deshalb bisher nicht instand gesetzt wurden. Uns wurde aber versichert, dass mit dem Eigentümer vereinbart wurde, zunächst die äußere Hülle zu sanieren. Die Instandsetzung sollte bis Jahresende 2003 abgeschlossen sein. Darüber wurde auch in dem entsprechenden Ausschuss berichtet.

Wir waren beruhigt und warteten auf das nun einsetzende Baugeschehen. Aber leider passierte wieder nichts. Zwischenzeitlich sind nun auch ein paar Fenster eingeschlagen, Regen hat ungehindert Zugang und es sieht nicht sehr einladend aus. Auf meine mündliche Anfrage im Juni 2004, „Was passiert mit diesen Häusern?“, antwortete die Stadträtin „man habe eine Nutzer in Aussicht und kurzfristig ist mit dem Beginn der Instandsetzungsarbeiten zu rechnen“. Auf meine Nachfrage zu einem konkreten Datum musste sie passen. Es wurde aber versichert, es dauere nicht mehr lange. Bis heute Fehlanzeige – kein Baugeschehen und die denkmalgeschützten Häuser verkommen immer mehr. Will das Bezirksamt die Sache soweit treiben, dass hier nichts mehr zu machen ist und die

Abrissbirne anrücken muss? Wir fordern das Bezirksamt auf, endlich tätig zu werden. Der Winter steht vor der Tür, aber ob die Häuser diesen überstehen ist höchst fraglich.

Vielleicht haben wir im Frühjahr eine Rasenfläche mehr in Bezirk und ein Stück Stadtgeschichte geht unwiederbringlich verloren.

## Mehr Aktion beim Aktionsplan gegen Rechts gefordert

**Anlässlich der Beratung einer großen Anfrage und der Kenntnisnahme einer Vorlage des Bezirksamtes zur Umsetzung des Aktionsplanes gegen Rechts-Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus begrüßten wir auf der Sitzung der BVV Lichtenberg am 20.10.04 die dargestellten Maßnahmen des Bezirksamtes ausdrücklich.**

Einigkeit herrschte bei allen Fraktionen auch darüber, dass das häufig zu hörende Vorurteil über Lichtenberg als rechte Hochburg jeder Grundlage entbehre. Hier muss das Bezirksamt unser Meinung nach aber noch einiges mehr zur Imageverbesserung tun. Wir machten in der Debatte zudem deutlich, dass das Bezirksamt bei der Umsetzung der Vorschläge des bereits vor über einem Jahr vorgelegten Aktionsplanes eine Menge Zeit nutzlos hat verstreichen lassen. So wurde

beispielsweise eine mit der Umsetzung beauftragte Arbeitsgruppe erst am 28.09.2004 eingerichtet. Wir kritisierten des weiteren, dass die bisherigen Anstrengungen des Bezirksamtes im Wesentlichen auf Kinder und Jugendliche abzielen. Dieses ist selbstverständlich gut und richtig, wobei allerdings eine überzogene Einsparung bei den Hilfen zur Erziehung kontraproduktiv ist. Wir müssen uns aber auch intensiv darüber Gedanken machen, wie wir an die Eltern herankommen, die rechtsextremes Gedankengut an ihren Nachwuchs weiter geben. Genauso wichtig ist es aber, die bei Teilen der Bevölkerung latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit in den Griff zu bekommen, die häufig den Extremisten als Rechtfertigung dient. Die nachhaltige Umsetzung von Maßnahmen gegen Rechts ist ein schwieriger Weg, für den man einen langen Atem braucht. Wir werden das

Bezirksamt weiterhin kritisch begleiten aber auch nach Kräften unterstützen. Da uns hierbei die Einbeziehung von jungen Menschen besonders wichtig ist, sei an dieser Stelle die hervorragende Zusammenarbeit der Jusos Lichtenberg mit dem Netzwerk „Licht-Blicke“ (für Demokratie und Toleranz) erwähnt. Auch aus diesem Grunde haben wir den Vorsitzenden der Jusos Lichtenberg und Bürgerdeputierten unserer Fraktion, Erik Gührs, in die o.g. Arbeitsgruppe des Bezirksamtes entsandt. **kb**

Impressum:  
Herausgeber: SPD-Fraktion  
in der BVV Lichtenberg,  
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,  
Tel.: 57795448 Fax: 57795449  
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de  
web: www.spd-lichtenberg.de  
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich  
Redaktion und Satz:  
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein,  
Boris Schymetzko